

Gustav Horn, Simon Sturn, Till van Treeck

Die Debatte um die deutsche Exportorientierung

Die in vielen Ländern gewachsene Einkommensungleichheit wird international zunehmend als eine wesentliche Ursache für die Weltwirtschaftskrise und die globalen Ungleichgewichte im Außenhandel hervorgehoben. Hingegen ist die Debatte in Deutschland teilweise noch immer durch die Forderung nach weiterer Lohnzurückhaltung und sozialpolitischen Einschnitten gekennzeichnet. Welche Rolle kann die Lohn- und Verteilungspolitik zur mittelfristigen Überwindung der deutschen Exportlastigkeit und zur Stabilisierung der deutschen und globalen Wirtschaft spielen?

Eine zentrale Herausforderung für die Stabilität der Weltwirtschaft in den nächsten Jahren ist der Abbau der globalen Ungleichgewichte im Außenhandel. Dies betrifft neben Japan und China auch Deutschland, das als „Exportweltmeister“ besonders von der weltweiten Rezession betroffen ist. Daher wächst der Druck, durch eine Kräftigung der Binnennachfrage zum Abbau der hohen Außenhandelsdefizite der bisherigen Konjunkturlokomotiven – wie den USA, Großbritannien oder Spanien – beizutragen, die wegen ihrer hohen Verschuldung der Privathaushalte zur Konsolidierung gezwungen sind.¹ So betont der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem jüngsten World Economic Outlook: „To complement efforts to repair the supply side of economies, there must also be adjustments in the pattern of global demand in order to sustain a strong recovery. Specifically, many economies that have followed export-led growth strategies and have run current account surpluses will need to rely more on domestic demand – notably emerging economies in Asia and elsewhere and Germany and Japan.“² Es stellt sich in diesem Kontext insbesondere die Frage, ob und wie die jahrelange Lohnzurückhaltung und Einkommensumverteilung von unten nach oben mit den deutschen Exportfolgen bei gleichzeitiger Schwäche von Konsum- und Binnennachfrage zusammenhängen.

Seit Jahren war von vielen Wirtschaftswissenschaftlern und Regierungsberatern gefordert worden, dass der Anteil der Löhne am Volkseinkommen zurückgehen solle und die Ungleichverteilung innerhalb der Lohn-einkommen (Lohnspreizung) zunehmen solle, um einen höheren Beschäftigungsstand im Zusammenhang mit einer erhöhten internationalen Wettbewerbsfähigkeit

zu erzielen.³ An diesen Empfehlungen wird auch in der aktuellen Krise festgehalten. Bemerkenswert ist, dass diese Therapievorschlüsse aus teilweise sehr unterschiedlichen und einander widersprechenden Diagnosen abgeleitet werden. Diese werden im Folgenden kurz dargestellt und bewertet. Anschließend wird eine alternative Einschätzung skizziert, die in wesentlichen Teilen in der internationalen Literatur verankert ist. Die maßgeblichen Argumentationslinien bezüglich der deutschen Exportorientierung sind in einer Übersicht zusammengefasst.

Aufrechterhaltung der Exportorientierung

Argumentationslinie 1: Die Exportorientierung war erfolgreich und kann nach der Krise aufrechterhalten werden. Die Lohnzurückhaltung sollte fortgesetzt werden.

Diese Position wird u.a. von Christoph M. Schmidt⁴ vertreten: „Die Exportlastigkeit hat uns sehr gut getan, der Wohlstand ist beständig gewachsen. Es besteht kein Anlass, das deutsche Geschäftsmodell zu ändern.“ Vor allem warnt er davor, die Umverteilung zulasten der Löhne zu beenden, um so eine Stärkung des Konsums und des binnenwirtschaftlichen Wachstums anzustreben: „Dahinter steckt die Idee, wir könnten uns selbst aus dem Sumpf ziehen, wenn nur die Löhne steigen. Ein Trugschluss. In den vergangenen Jahren war die Lohnzurückhaltung ein Erfolgsfaktor. Übermäßig steigende Löhne schaffen eine höhere Arbeitslosigkeit. Das würde die Krise noch verschärfen. [...] Haben zu viele Men-

1 Vgl. o.V.: Deutschland befürchtet Verschiebung des Schwerpunkts bei Gipfel, in: Reuters vom 23.9.2009.

2 Vgl. International Monetary Fund (IMF): World Economic Outlook, Oktober 2009, Kapitel 1, S. 32.

3 Vgl. z.B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1999/2000, Wiesbaden 1999, Ziffern 340 ff.; ders.: Jahresgutachten 2000/2001, Wiesbaden 2000, Ziffern 416 ff.

4 Vgl. Interview mit Christoph M. Schmidt: Die deutschen Löhne sind sehr hoch, in: Focus Online vom 17.6.2009, http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/wirtschaftsweiser-schmidt-die-deutschen-loehne-sind-sehr-hoch_aid_408642.html.

Prof. Dr. Gustav A. Horn, 54, ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.

Simon Sturn, 29, Mag. rer. soc. oec., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IMK.

Dr. Till van Treeck, 28, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IMK.

schen keinen Job, ist es ratsamer, die Löhne langsamer steigen zu lassen als die Produktivität. In den nächsten Jahren sollte man in Deutschland die Idee der Lohnzurückhaltung nicht aufgeben, um Arbeitsplätze zu schaffen.“

Lohnzurückhaltung zur Stärkung der Binnenwirtschaft

Argumentationslinie 2: Die Exportorientierung war erfolgreich, kann aber nach der Krise nur schwer fortgesetzt werden. Nun sollten Lohnzurückhaltung und sozialpolitische Einschnitte zur Stärkung der Binnenwirtschaft fortgesetzt werden.

Eine etwas andere Position wird von Wolfgang Franz⁵ sowie von der Mehrheit des Sachverständigenrates im aktuellen Jahresgutachten⁶ vertreten. Franz stellt im Unterschied zu Schmidt fest, dass die Weltwirtschaftskrise das deutsche Geschäftsmodell vor schwerwiegende Herausforderungen stellt: „Um den Aufholprozess zu beschleunigen, dürfen wir uns aber nicht allein auf die anspringende Auslandsnachfrage verlassen. Wir brauchen eine ergänzende Strategie. Wir müssen dafür sorgen, die Bedingungen für Investitionen im Inland wieder attraktiver zu machen, so Arbeitsplätze zu schaffen, die Einkommen zu stärken und darüber den privaten Konsum zu stimulieren. Der umgekehrte Weg einer expansiven Lohnpolitik wäre töricht – die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre war einer unserer Vorteile gegenüber unseren Wettbewerbern.“⁷

5 Vgl. Interview mit Wolfgang Franz: Heulen und Zähneklappern, in: Handelsblatt vom 18.9.2009, S. 2.
 6 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2008/09, Wiesbaden 2008, Ziffer 442.
 7 Vgl. Interview mit Wolfgang Franz, a.a.O.

Argumentationslinien zur Exportorientierung

| Die deutsche Exportorientierung | | | | | |
|---|-----------------------|---|----------------------------------|--|-------------------|
| war erfolgreich | | | war nicht erfolgreich | | |
| sollte fortgesetzt werden | | ist nach der Krise schwerer durchzusetzen, daher sollte die binnenwirtschaftliche Entwicklung gestärkt werden | | sollte überwunden werden zu Gunsten einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Entwicklung | |
| durch weitere Lohnzurückhaltung | | | durch Ende der Lohnzurückhaltung | | |
| Argumentationslinie 1 | Argumentationslinie 2 | | Argumentationslinie 3 | Argumentationslinie 4 | |
| Schmidt | Franz | SVR | Sinn | IMK | Fitoussi/Stiglitz |
| „Weiter so“ bzw. „Erhöhung der Dosis“ in der Lohn- und Verteilungspolitik | | | | „Richtungswechsel“ | |

Auch der Sachverständigenrat lobt in seinem letzten Gutachten die „insgesamt betrachtet moderate Tariflohnpolitik“ der vergangenen Jahre als „Vater der positiven Arbeitsmarktdynamik“, weil „sie die Verteilungsspielräume nicht voll ausschöpfte“.⁸ Zugleich wird jedoch festgestellt, dass die Lohnzurückhaltung mit einer sehr einseitigen, exportabhängigen Wachstumsdynamik einherging: „Da Deutschland in diesem Jahrzehnt eine äußerst lebhaft exportkonjunktur verzeichnete, während die binnenwirtschaftliche Nachfrage weitgehend stagnierte, stieg die Exportquote auf 48 vH und ist damit höher als in anderen großen Volkswirtschaften.“⁹ Dieses Geschäftsmodell könne angesichts der weltwirtschaftlichen Störungen jedoch kaum aufrechterhalten werden: „Es müssen deutliche Impulse zu einer Stärkung der internen Wachstumskräfte und der Binnennachfrage gesetzt werden.“¹⁰ Die erforderlichen Impulse werden u.a. in einer Fortsetzung der Lohnzurückhaltung gesehen: „Falsch wäre es allerdings, wenn die Politik diese der erwarteten wirtschaftlichen Schwächephase geschuldeten Bemühungen als Alibi benutzen würde, in ihren Anstrengungen nachzulassen, die ebenfalls in den letzten Jahren im Interesse eines höheren Trendwachstums eingeleiteten Reformen auf dem Felde der Finanzpolitik, beim Regelwerk des Arbeitsmarkts oder im Bereich der Sozialen Siche-

8 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2008/09, a.a.O.
 9 Vgl. ebenda, Ziffer 15.
 10 Vgl. ebenda, Ziffer 19.

nung weiter voranzubringen.“¹¹ Denn diese Reformbemühungen schwächen u.a. die Lohnforderungen der Arbeitnehmer, was diesen letztlich in Form von höherer Beschäftigung durch niedrigere Lohnzuwächse nutzen sowie eine kräftigere Konsumnachfrage ermöglichen werde: „Den Arbeitnehmern insgesamt kommt eine weitere beschäftigungsfreundliche Tariflohnpolitik zugute. Eine solche Politik trägt zur Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze bei und kann über einen damit einhergehenden Beschäftigungsaufbau auch den privaten Verbrauch stimulieren.“¹²

Eine etwas andere, weniger auf die Forderung nach Lohnzurückhaltung fixierte, Position vertritt Dennis Snower¹³, der ebenfalls davon ausgeht, dass es nach der Weltwirtschaftskrise für Deutschland schwerer werden wird, ein kräftiges Wachstum über den Export zu erzeugen: „Deutschland wird aufgrund der vielen Länder, die stark verschuldet sind und sparen müssen, wie die USA, England oder Spanien, in Zukunft einen Exportmarkt haben, der langsamer wächst.“¹⁴ Dennoch hält Snower das exportorientierte Geschäftsmodell weiterhin für beinahe alternativlos: „Wenn ich die Forderungen höre, dass wir das Exportmodell aufgeben sollen, frage ich mich immer, woher denn die zusätzliche Binnennachfrage herkommen soll.“¹⁵ Eine Möglichkeit zur Stärkung der Binnennachfrage wird aber in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Einstellungs- oder Ausbildungsgutscheinen sowie weiterer Flexibilisierung gesehen: „Wenn der deutsche Arbeitsmarkt flexibler wäre, hätte man weniger Gefahr, arbeitslos zu werden, und dies würde die Binnennachfrage relativ zu den Exporten steigern.“¹⁶

Überwindung der Exportorientierung

Argumentationslinie 3: Die Exportorientierung war nicht erfolgreich und sollte nach der Krise überwunden werden, und daher sollten Lohnzurückhaltung und sozialpolitische Einschnitte fortgesetzt werden.

Eine ganz andere Problemdiagnose wird von Hans-Werner Sinn¹⁷ vertreten. Er ist nicht der Auffassung, dass „(uns) die Exportlastigkeit [...] sehr gut getan (hat)“

11 Vgl. ebenda, Ziffer 23.

12 Vgl. ebenda, Ziffer 28.

13 Vgl. Interview mit Dennis Snower: Arbeitslose sollen Einstellungsgutscheine erhalten, in: Welt Online vom 7.9.2009, <http://www.welt.de/wirtschaft/article4482253/Arbeitslose-sollen-Einstellungsgutscheine-erhalten.html>.

14 Vgl. ebenda.

15 Vgl. ebenda.

16 Vgl. ebenda.

17 Vgl. H.-W. Sinn: Falsches Geschäftsmodell, in: Wirtschaftswoche vom 22.6.2009, S. 38.

(Schmidt) oder dass „die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre [...] einer unserer Vorteile gegenüber unseren Wettbewerbern (war)“ (Franz). Vielmehr erklärt Sinn die deutsche Exportorientierung damit, dass die Lohnzurückhaltung in Deutschland unzureichend und die Löhne trotz der rasanten Umverteilung und zunehmenden Lohnspreizung zu hoch und zu wenig differenziert waren: „Das Kapital und die Talente flohen aus den arbeitsintensiven Binnensektoren, weil sie Angst vor den Fesseln einer fehlgeleiteten Sozialpolitik hatten, die der internationalen Niedriglohnkonkurrenz mit einer Hochlohnkonkurrenz auf heimischen Arbeitsmärkten entgegentrat. Ein Teil des Kapitals floh ins Ausland; das erklärt den hohen deutschen Exportüberschuss. Anstatt in Deutschland zu investieren, haben viele Unternehmen lieber Maschinen ins Ausland exportiert und dort die Arbeitsplätze geschaffen, deren Verlust man nun in Deutschland beklagt.“¹⁸

Eine Überwindung der Exportlastigkeit ergebe sich aber „nicht dadurch, dass wir mit Lohnsteigerungen die Binnennachfrage zu stärken versuchen“¹⁹. Hingegen solle der Weg der Agenda 2010 weiter beschritten werden: „Die Agenda wird helfen, den Binnensektor weiter zu entwickeln und die verzerrten Wirtschaftsstrukturen unseres Landes allmählich wieder ins Lot zu bringen. Auch hilft sie jetzt bei der Bewältigung der Krise.“²⁰

Eindeutige Therapieansätze trotz uneindeutiger Diagnose?

Es zeigt sich, dass sich die skizzierten Argumentationslinien einerseits untereinander widersprechen und andererseits nur schwer mit der empirischen Evidenz der vergangenen Jahre zu vereinbaren sind.

Argumentationslinie 1 ist zwar in sich konsistent, verbietet sich aber, wenn wie vom Sachverständigenrat und Sinn (und dem IWF) ein deutscher Beitrag zum Abbau der globalen Ungleichgewichte als wünschenswert angesehen wird.

Argumentationslinie 2 erscheint sogar in sich widersprüchlich: Wenn die Lohnzurückhaltung in der Vergangenheit mit einer immer stärkeren Exportorientierung einherging, wieso sollte dann in Zukunft die Fortsetzung der Lohnzurückhaltung den genau gegenteiligen Effekt haben und die Binnenwirtschaft gegenüber dem Export stärken? Diese Hoffnung wurde vom Sachverständigenrat

18 Vgl. ebenda.

19 Vgl. ebenda.

20 Vgl. ebenda.

genrat zwar immer wieder formuliert,²¹ tatsächlich ging die Lohnzurückhaltung aber durch die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Schwächung der privaten Konsumnachfrage mit einer immer stärkeren Spaltung von außen- und binnenwirtschaftlicher Wachstumsdynamik einher. Hierauf hat Peter Bofinger schon frühzeitig hingewiesen.²²

Argumentationslinie 3 empfiehlt bemerkenswerterweise die Fortsetzung einer Therapie, die in den vergangenen Jahren mit einer Verschärfung des als pathologisch diagnostizierten Phänomens der Exportlastigkeit einhergegangen ist. Dies sollte stutzig machen, da ein enormes Vertrauen in die Richtigkeit des zugrunde liegenden theoretischen Modells vorausgesetzt wird. Dieses scheint zu implizieren, dass Lohnzurückhaltung die Exportabhängigkeit erst dann abschwächen wird, wenn ein bestimmter Grenzwert an Standortattraktivität für „Kapital und Talente“ erreicht ist. Damit wird die – zumal in der neoklassischen Ökonomik – eigentlich übliche marginalistische Betrachtungsweise verlassen, ohne dass überzeugende Hinweise auf die Richtigkeit einer Schwellenwerttheorie erbracht werden.

Eine fragwürdige Besonderheit in dieser Argumentation liegt außerdem darin, dass die Nettokapitalexporte Deutschlands offenbar über die Kapitalbilanz erklärt werden („Kapital floh ins Ausland“), während die Nettokapitalimporte der USA nachfrageseitig über die Handelsbilanz begründet werden („Amerika lebte über seine Verhältnisse“²³). Dies ist inkonsistent. Es stellt sich denn doch die Frage, warum ein Land wie die USA über so lange Zeit so viel Kapital attrahieren konnte. Aus Konsistenzgründen müsste argumentiert werden, dass die USA als Nettokapitalimporteur – im Gegensatz zu Deutschland als Nettokapitalexporteur – besonders wettbewerbsfähig waren. Sinn stellt aber im Gegenteil fest: „(Die) Bürger der USA haben sich auf dem Wege über eine ausufernde Immobilienfinanzierung [...] ein schönes Leben gemacht. [...] Dass gerade Amerika so viel Sparkapital erhielt, liegt weniger an der Standortstärke des Landes als an der Innovationsfreudigkeit seines Finanzsystems, um nicht zu sagen, an den Tricks, mit Hilfe derer die amerikanischen Banker den Sparern der Welt das Geld aus der Tasche zogen.“²⁴ Wenn die Kapitalimporte der USA nicht mit ihrer Standortstärke

erklärt werden können, warum werden dann die Exportüberschüsse Deutschlands mit dessen Standortchwäche begründet?²⁵

Eine alternative Strategie

Eine überzeugendere und sich in der internationalen Debatte zunehmend durchsetzende Herangehensweise ist, die Einkommensumverteilung zu Lasten der Löhne und unteren Einkommen als Teil einer nicht nachhaltigen, exportorientierten Wachstumsstrategie Deutschlands zu sehen.²⁶ Darüber hinaus wird die rasante Zunahme der Einkommensungleichheit in vielen Ländern als eine der entscheidenden Ursachen der globalen Ungleichgewichte und der aktuellen Weltwirtschaftskrise gesehen:²⁷ „The crisis has structural roots. The aggregate demand deficiency preceded the financial crisis and was due to structural changes in income distribution. Since 1980, in most advanced countries the median wage has stagnated and inequalities have surged in favour of high incomes. This is part of a broader process which has also affected several parts of the developing world.“²⁸ Da Bezieher niedriger Einkommen gewöhnlich eine höhere Konsumneigung aufweisen, hat die Einkommensumverteilung einen latenten Nachfrage dämpfenden Effekt. Das Konsumwachstum konnte in den USA zeitweise durch den Anstieg der Verschuldung der Privathaushalte hoch gehalten werden: „In the US the compression of low incomes was compensated by the reduction of household savings and by mounting indebtedness that allowed spending patterns to be kept virtually unchanged.“²⁹

In einigen anderen Ländern und insbesondere in Deutschland hatte die zunehmende Einkommenskonzentration andere makroökonomische Auswirkungen. Sie führte zu einem Anstieg der Sparquoten, schwa-

21 Vgl. z.B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2005/6, Wiesbaden 2005, Ziffer 7.

22 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2004/05, Wiesbaden 2004, Ziffer 717 ff.

23 Vgl. H.-W. Sinn: Kasinokapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist, Berlin 2009, S. 34 ff.

24 Vgl. H.-W. Sinn: Kasinokapitalismus..., a.a.O., S. 38.

25 Die These von der deutschen Basarökonomie ist auch empirisch sehr zweifelhaft. Vgl. H. U. Brautzsch, U. Ludwig: Globalisierung und Beschäftigung – eine Untersuchung mit der Input-Output-Methode, IMK Studies, Nr. 1, Düsseldorf 2008; und H. Joebges, A. Schmalzbauer, R. Zwiener: Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringes Wirtschaftswachstum, IMK Studies, Nr. 4, Düsseldorf 2009.

26 Vgl. C. Logeay, R. Zwiener: Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs, in: WSI Mitteilungen, Nr. 8, 2008, S. 415-422; E. Hein, T. van Treeck: Finanzmarktorientierung – ein Investitions- und Wachstumshemmnis?, IMK Report, Nr. 26, Düsseldorf 2008; H. Joebges, A. Schmalzbauer, R. Zwiener, a.a.O.

27 Vgl. den Bericht des internationalen Expertengremiums „Shadow GN“: J.-P. Fitoussi, J. Stiglitz: The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World, OFCE Document de travail, Nr. 17, 2009; und G. Horn, K. Dröge, S. Sturn, T. van Treeck, R. Zwiener: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III). Die Rolle der Ungleichheit, IMK Report, Nr. 41, Düsseldorf 2009.

28 Vgl. J.-P. Fitoussi, J. Stiglitz, a.a.O., S. 3.

29 Vgl. ebenda, S. 4.

cher Konsumnachfrage und niedrigerem, vom Export und von der Verschuldungsbereitschaft der Defizitländer abhängigen Wachstum: „Thus, the combination of structural disequilibria that goes by the name of global imbalances resulted in a fragile equilibrium that temporarily solved the aggregate demand problem on a global scale at the expense of future growth.“³⁰ Im Folgenden werden diese Zusammenhänge am Beispiel der USA und Deutschlands etwas genauer beschrieben.

USA: „Home Ownership als Substitut für Sozialpolitik“³¹

Nach einem etwa drei Jahrzehnte andauernden Prozess der Umverteilung von unten nach oben ist die Einkommensungleichheit in den USA heute wieder etwa so groß wie in den 1920er Jahren.³² Seit Jahrzehnten bleiben die Reallohnsteigerungen bei den unteren 90% der Haushalte hinter dem durchschnittlichen Produktivitätswachstum zurück.³³ Verschärft wurde die Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen durch die abnehmende Progressivität des Steuersystems.³⁴

Trotz der schwachen Entwicklung der realen Masseneinkommen war der private Konsum lange Zeit die tragende Säule des Wirtschaftswachstums in den USA. Der kräftige private Konsum resultierte zum einen aus der zumindest zeitweise deutlich niedrigeren Sparquote einkommensstarker Haushalte in den USA im Vergleich zu den meisten anderen reichen Industrieländern, insbesondere während des „New Economy“-Booms.³⁵ Zum anderen haben Finanzinnovationen und gezielte politische Maßnahmen der Finanzmarktderegulierung eine immer stärkere Verschuldung auch der unteren Einkommensgruppen ermöglicht. Dies hatte einen Absturz der Sparquote bei gleichzeitig rasantem Anstieg der Verschuldung relativ zu den verfügbaren Einkommen des privaten Haushaltssektors zur Folge (von ca. 60% zu Beginn der 1980er Jahre auf über

130% bei Ausbruch der Krise). Dabei ist die Verschuldung der unteren Einkommensgruppen in den letzten zwei Dekaden relativ zu den Einkommen sehr viel stärker gestiegen als diejenige der reichsten Haushalte. Dies ist insbesondere der Zunahme an Immobilienkrediten geschuldet.³⁶

Als die Blase am Immobilienmarkt platzte, wurde die Überschuldung breiter Teile der US-amerikanischen Bevölkerung offensichtlich. Mit der Finanzkrise ist das Wachstums- und Sozialmodell der USA an seine Grenzen geraten.³⁷ Über Jahrzehnte sollten fehlende Realeinkommenssteigerungen und wohlfahrtsstaatliche Absicherung durch die Förderung von Wohneigentum und erleichterten Zugang zu Krediten kompensiert werden.³⁸ Komplettiert wurde dieses Modell durch eine dauerhaft expansive Geld- und Fiskalpolitik, welche die Arbeitslosigkeit niedrig hielt und damit die sozialen Folgen der zunehmenden Ungleichheit begrenzte.

Eine strengere Regulierung des US-Finanzsystems wird nun nötig sein, um Überschuldungstendenzen im privaten Haushaltssektor zu verhindern. Wenn aber damit der Kanal des stetigen Kreditwachstums als Grundlage für eine kräftige private Konsumnachfrage blockiert ist, müssen neue Nachfragequellen erschlossen werden. Das Scheitern des US-Wachstumsmodells hat somit auch wesentliche globale Auswirkungen: Eine makroökonomische Implikation dieses Modells waren systematische und hohe Finanzierungsdefizite in beiden inländischen Sektoren, Privatsektor und Staat. Hieraus folgten zwingend ein hohes Handelsbilanzdefizit und die Notwendigkeit massiver Kapitalimporte aus dem Ausland, die noch kurz vor der Krise etwa 6% des Bruttoinlandsprodukts erreichten.³⁹ Auf globaler Ebene spielte die US-Ökonomie – zusammen mit Ländern wie Spanien und Großbritannien⁴⁰ – die Rolle des „Consumer of Last Resort“. Länder wie Deutschland, Japan, China und einige kleinere europäische Länder, die sich aufgrund der verteilungsbedingten schwachen

30 Vgl. ebenda.

31 Diese treffende Kennzeichnung stammt von Eggert und Krieger, die aber keine detaillierte makroökonomische Analyse durchführen. Vgl. W. Eggert, T. Krieger: „Home Ownership“ als Substitut für Sozialpolitik – Zum Entstehen der Finanzkrise in den USA, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 89. Jg. (2009), H. 6, S. 390-396.

32 Vgl. T. Piketty, E. Saez: Income Inequality in the United States, 1913-1998, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 118 (2003), Nr. 1, S. 1-39; <http://elsa.berkeley.edu/~saez/>.

33 Vgl. I. Dew-Becker, R. Gordon: Where Did the Productivity Growth Go? Inflation Dynamics and the Distribution of Income, Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 2, 2005, S. 67-150.

34 Vgl. P. Krugman: Nach Bush – Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten, Frankfurt 2008.

35 Vgl. D. Maki, M. Palumbo: Disentangling the Wealth Effect: A Cohort Analysis of Household Saving in the 1990s, Board of Governors of the Federal Reserve System, Finance and Economics Discussion Series, Nr. 21, 2001.

36 Vgl. ausführlich G. Horn et al.: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III), a.a.O.

37 Vgl. T. Palley: America's Exhausted Paradigm: Macroeconomic Causes of the Financial Crisis and Great Recession, New American Contract Policy Paper, 2009.

38 Vgl. W. Eggert, T. Krieger, a.a.O.

39 Vgl. W. Godley, D. Papadimitriou, G. Zezza: Prospects for the United States and the World: A Crisis that Conventional Remedies Cannot Resolve, Levy Economics Institute of Bard College, Strategic Analysis, Dezember 2008.

40 Ähnlich wie in den USA waren auch Spaniens und Großbritanniens Ökonomien in den letzten Jahren durch hohes, kreditfinanziertes Wachstum, Immobilienblasen und massive Handelsbilanzdefizite geprägt.

Binnennachfrage auf den Export ausrichteten,⁴¹ waren entscheidend von den Ausfuhrmöglichkeiten in die Defizitländer abhängig. Diese Konstellation konnte jedoch nicht nachhaltig sein.⁴²

Deutschland: „Porsches gegen Lehman-Brothers-Zertifikate“⁴⁴³

Der im internationalen Vergleich außergewöhnlich starke Anstieg der ökonomischen Ungleichheit in Deutschland während des letzten Jahrzehnts ist mittlerweile ausführlich dokumentiert. Deutschland war traditionell von Einkommensungleichheit und -armut in geringerem Maße betroffen als der Durchschnitt der OECD-Länder, allerdings ist es in den letzten zehn Jahren zu einer drastischen Verschärfung der Ungleichheit gekommen. Die OECD stellte jüngst sogar fest: „Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD Land.“⁴⁴⁴ Hinsichtlich der Primärverteilung lässt sich sowohl ein rapider Rückgang des Anteils der Löhne am gesamten Volkseinkommen feststellen als auch eine zunehmende Ungleichverteilung innerhalb der Lohneinkommen.⁴⁵

Insbesondere im unteren Lohnsegment kann dabei seit Ende der 1990er Jahre eine massive Zunahme der Lohnspreizung beobachtet werden. Seit 1990 weisen von 19 OECD-Ländern nur Polen, Ungarn und Schwe-

den eine stärkere Zunahme der Lohnspreizung im unteren Einkommensbereich auf.⁴⁶ Im Jahr 2005 liegt die Lohnspreizung⁴⁷ in Deutschland auf ähnlichem Niveau wie in den angelsächsischen Ländern, sie ist sogar ausgeprägter als in Irland und Großbritannien und liegt deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Länder. Nur die USA, Korea, Kanada, Polen und Ungarn weisen eine höhere Lohnspreizung in der unteren Einkommenshälfte auf als Deutschland.⁴⁸

Auch der Gini-Koeffizient – für die Primäreinkommen wie für die verfügbaren Einkommen – zeigt für Deutschland einen im OECD-Vergleich überdurchschnittlichen Anstieg.⁴⁹ Damit liegt Deutschland bei der Einkommensungleichheit mittlerweile im Mittelfeld der OECD-Länder (verfügbare Einkommen) bzw. sogar deutlich darüber (Primäreinkommen).⁵⁰

Ähnlich wie es Krugman⁵¹ jüngst für die USA dargestellt hat, ist die drastische Zunahme der ökonomischen Ungleichheit in Deutschland offenbar nicht allein eine notwendige Reaktion auf technologischen Wandel und Marktkräfte, sondern auch eine politisch gezielt geförderte Entwicklung. Die Umverteilung hin zu Gewinneinkommen und höheren Löhnen war seit langem von vielen Wirtschaftswissenschaftlern und Regierungsberatern gefordert worden.⁵² Zugleich entsprachen die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre dieser Zielsetzung.⁵³ Die zunehmende Ungleichheit der Verteilung wurde darüber hinaus durch eine Reihe von steuer- und sozialpolitischen Reformen befördert.

Vieles spricht für die Argumentation von Fitoussi und Stiglitz⁵⁴, wonach die Arbeitslosigkeit in Deutschland vor allem als Nachfrageproblem anzusehen ist und die schwache Entwicklung der realen Masseneinkommen die weitgehend stagnative Wachstumsentwicklung ent-

41 Vgl. J. He, L. Kuijs: Rebalancing China's Economy – Modeling a Policy Package. World Bank China Research Paper, Nr. 7, 2007; K. Rogoff: Discussion of „Rebalancing China's Growth“, in: M. Goldstein, L. Nicholas (Hrsg.): Debating China's Exchange Rate Policy, Peterson Institute for International Economics, Washington D.C. 2008; o.V.: Rebalancing the world economy: Japan. Stuck in neutral, in: Economist vom 15.8.2009, S. 55-56; G. Horn, H. Joebges, R. Zwiener: Von der Finanzkrise zur Wirtschaftskrise (II) – Globale Ungleichgewichte als Ursache der Krise, IMK Report, Nr. 40, Düsseldorf 2009.

42 Vgl. W. Godley, A. Izurieta, G. Zezza: Prospects and Policies for the U.S. Economy. Why Net Exports Must Now Be the Motor for U.S. Growth, The Levy Economics Institute of Bard College, Strategic Analysis, August 2004; T. Palley: The Fallacy of the Revised Bretton Woods Hypothesis. Why Today's International Financial System Is Unsustainable, The Levy Economics Institute of Bard College, Public Policy Brief, Nr. 85, 2006; M. Obstfeld, K. Rogoff: The Unsustainable U.S. Current Account Deficit Revisited, in: R. H. Clarida (Hrsg.): G7 Current Account Imbalances: Sustainability and Adjustment, 2007, S. 339-366.

43 Diese ebenso originelle wie zutreffende Charakterisierung des deutschen Geschäftsmodells stammt von Hans-Werner Sinn (H.-W. Sinn: Falsches Geschäftsmodell, a.a.O.), dessen makroökonomische Analyse sich jedoch stark von unserer unterscheidet.

44 Vgl. OECD: Mehr Wohlstand durch Wachstum? Fact Sheet Deutschland, <http://www.oecd.org/dataoecd/3/28/41531752.pdf>, 2008.

45 Vgl. OECD: Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries, Paris 2008; C. Dustmann, J. Ludsteck, U. Schönberg: Revisiting the German Wage Structure, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 124 (2009), Nr. 2, S. 843-881; T. Kalina, C. Weinkopf: Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen, IAQ-Report, 2009-05.

46 Betrachtet werden hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit nur die Löhne der Männer. Trotz dieser starken Zunahme der Lohnspreizung in Schweden ist diese 2005 immer noch eine der geringsten in der OECD (vgl. OECD: Growing unequal?, a.a.O.; und <http://stats.oecd.org>).

47 Für beide Geschlechter.

48 Vgl. OECD: Growing unequal?, a.a.O.; und <http://stats.oecd.org>.

49 Vgl. OECD: Growing unequal?, a.a.O.; und G. Horn et al.: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III), a.a.O.

50 Vgl. OECD: Growing unequal?, a.a.O.; und <http://stats.oecd.org>.

51 Vgl. P. Krugman, a.a.O.

52 Vgl. z.B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1992/93, Wiesbaden 1992; H.-W. Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, München 2004.

53 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2006/07, Wiesbaden 2006; C. Loegey, R. Zwiener, a.a.O.

54 Vgl. J.-P. Fitoussi, J. Stiglitz, a.a.O.

scheidend mit befördert hat.⁵⁵ Anders als in den USA ist es in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit nicht zu einem nennenswerten Anstieg der Verschuldung der Privathaushalte relativ zu ihren Einkommen gekommen.⁵⁶ Vielmehr hat ein Großteil der Bevölkerung auf fallende Reallöhne und die sozialpolitischen Einschnitte der vergangenen Jahre mit Konsumverzicht reagiert.⁵⁷ Neben der offenbar ausgeprägten sozialen Norm der vorsichtigen persönlichen Finanzplanung, die auf die Kreditnachfrage wirkt, sind auch die Kreditvergabepraktiken deutscher Banken traditionell eher konservativ.⁵⁸ Im Ergebnis ist für Deutschland, im Unterschied zu den USA, kaum ein signifikanter Vermögenseffekt auf den privaten Konsum zu beobachten; die Haushalte finanzieren ihren Konsum ganz überwiegend aus den laufenden Einkommen.

Selbst während des letzten Aufschwungs sind aber die real verfügbaren Einkommen bzw. die Nettolohnsumme nicht mehr gestiegen. Die Reallöhne sind sogar während des Aufschwungs gefallen, eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Entwicklung.⁵⁹ Der private Verbrauch ist dieser stagnativen Einkommensentwicklung bestenfalls passiv gefolgt. Zwar wurden durch die schwache Lohnstückkostenentwicklung die internationale Wettbewerbsfähigkeit und somit die Exporte befördert. Zugleich folgte aber aus der Einkommensumverteilung gleichsam mechanisch ein Anstieg der privaten Sparquote, da die oberen Einkommensgruppen einen deutlich größeren Teil ihres Einkommens auf die Ersparnis verwenden als die unteren Einkommensgruppen.⁶⁰ Dies schwächte die Entwicklung der Binnenwirtschaft. Nicht nur dürfte der Nettoeffekt von Exportsteigerungen und Konsumstagnation auf das Wachstum in einer großen Volkswirtschaft wie Deutschland negativ ausgefallen sein.⁶¹ Auch bedingte diese Entwicklung hohe Kapitalexporte und somit eine starke Auslandsorientierung des Bankensystems.

Die deutschen Banken standen nach den vielfältigen Deregulierungsmaßnahmen im letzten Jahrzehnt unter erheblichem Renditedruck und wandten sich bei schwacher Kreditnachfrage im Inland zunehmend der Spekulation mit riskanten Produkten im Ausland zu. Im Ergebnis wurden die deutschen Banken – ebenso wie die deutsche Exportindustrie – stark von der amerikanischen Immobilienkrise erschüttert.

Schlussfolgerungen

Die Weltwirtschaftskrise erzeugt für die Zukunft eine Reihe von schwierigen gesamtwirtschaftlichen Herausforderungen, die zwar von einigen Autoren seit langem erkannt wurden,⁶² aber erst mit der globalen Wirtschaftskrise ins allgemeine Bewusstsein gerückt sind. Es geht um nichts weniger als die Suche nach globaler wirtschaftlicher Stabilität durch internationale Kooperation.

Wie von Fitoussi und Stiglitz⁶³ ausgeführt, lassen sich die globalen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Wirkungen zunehmender Einkommensungleichheit in den einzelnen Ländern zurückführen. Folgt man dieser Analyse, bedarf es – insbesondere auch in Deutschland – einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung, um die latente Nachfrageschwäche und damit die gesamtwirtschaftliche Krisenanfälligkeit zu überwinden.

Diese Schlussfolgerung steht im Widerspruch zu gängigen wirtschaftspolitischen Empfehlungen in Deutschland. Diese bleiben bisher weitgehend einer Prä-Krisenstrategie mit Forderungen nach Lohnzurückhaltung und größerer Lohnspreizung verhaftet, die keines der derzeitigen Probleme lösen, dafür aber die Gefahr weiterer Instabilitäten hervorrufen. Sie beruhen zudem auf empirisch fragwürdigen und teilweise widersprüchlichen Argumentationen. Statt eines „Weiter so“ bzw. einer „Erhöhung der Dosis“ sollte es zu einem – möglichst international koordinierten – Richtungswechsel in der Lohn- und Verteilungspolitik kommen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die künftige Stabilität der globalen Wirtschaft.

55 Vgl. C. Logeay, R. Zwiener, a.a.O.; E. Hein, T. van Treeck a.a.O., H. Joebges, A. Schmalzbauer, R. Zwiener, a.a.O.

56 T. van Treeck, E. Hein, P. Dühaupt: Finanzsystem und wirtschaftliche Entwicklung: Tendenzen in den USA und in Deutschland aus makroökonomischer Perspektive, IMK Studies, Nr. 5, Düsseldorf 2007.

57 V. Meinhardt, K. Rietzler, R. Zwiener: Konjunktur und Rentenversicherung – gegenseitige Abhängigkeiten und mögliche Veränderungen durch diskretionäre Maßnahmen, Forschungsbericht im Auftrag Deutsche Rentenversicherung Bund, IMK Studies, Nr. 3, Düsseldorf 2009.

58 Vgl. G. Horn et al.: Von der Finanzkrise zur Wirtschaftskrise (III), a.a.O.

59 C. Logeay, R. Zwiener, a.a.O.; K. Brenke: Zunehmende Lohnspreizung in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, Nr. 6, 2007, S. 73-79.

60 Vgl. E. Klär, J. Slacalek: Entwicklung der Sparquote in Deutschland: Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage, in: DIW Wochenbericht, Nr. 40, 2006, S. 537-543; Deutsche Bundesbank: Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung, Monatsbericht, Nr. 9, 2007, S. 41-56.

61 Vgl. H. Joebges, A. Schmalzbauer, R. Zwiener, a.a.O.

62 Vgl. W. Godley: Seven unsustainable processes. Medium-Term Prospects and Policies for the United States and the World, The Levy Economics Institute of Bard College Special Report, 1999; D. Papadimitriou, A. Shaikh, C. dos Santos, G. Zezza: Is Personal Debt Sustainable?, The Levy Economics Institute of Bard College, Strategic Analysis, 2002.

63 J. P. Fitoussi, J. Stiglitz, a.a.O.